

Archiv

des Verbandes der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands, Bonn

26. APR.



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

P/XV/95 - 26. April 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Einig - nicht einig</u> Westen ohne Gipfelstrategie?	32
2 - 3	<u>Keine deutschen Schulen in der CSR</u> Nur das Schulwesen der Ungarn, Polen und Ukrainer wird von der neuen Verfassung garantiert	72
4	<u>Solidarität ist kein leeres Wort</u> Die Spendenbeiträge für das "Weltflüchtlingsjahr" Von Bruno Kueter, Genf	49
5	<u>"Rettet die Freiheit" in Bedrängnis</u> Zum Strafantrag der Professoren von Münster	40
6 - 7	<u>"Turk" Westerling bringt sich in Erinnerung</u> Politischer Abenteurer wird Filmstar	64

* * *

Einig - nicht einig

Westen ohne Gipfelstrategie?

op - Je näher der Termin der Gipfelkonferenz heranrückt, umso verwirrender wird das Bild der Verhandlungsmöglichkeiten zwischen Ost und West. Ein bezeichnendes Beispiel lieferte im Anschluß an das Gespräch Eisenhower - de Gaulle eine große westdeutsche Nachrichtenagentur. Mit einem Zeitunterschied von nur 11 Minuten meldete die gleiche Agentur aus Washington:

- 1) "Eisenhower und de Gaulle über Gipfelvorschläge einig".
- 2) "Aber in der Frage, wie die Entspannung zu erzielen sei, und womit in der Abrüstung begonnen werden sollte, gingen die Meinungen weit auseinander. Es wurden auch, wie man aus dem Abschlußcommuniqué zu schließen glaubt, keine Versuche unternommen, sie zu überbrücken".

In dieses Durcheinander funkt Nikita Chruschtschow hinein und wiederholt seine alten Drohungen.

Die Bundesregierung aber schweigt. Anstatt den Versuch zu machen, auf breitester Grundlage einen deutschen Standpunkt wenigstens zur Deutschland- und Berlin-Frage zu entwickeln, verhält sie sich so, als sei sie mit der Vorstellung gewisser Staatsmänner durchaus einverstanden, man könne durch Schweigen über Deutschland und Berlin ein Maximum von Erfolgchancen erwarten.

Inzwischen frohlockt man in Paris darüber, daß es de Gaulle während seiner Besuche in London und Washington gelungen sei, Engländer und Amerikaner davon zu überzeugen, wie gut es wäre, wenn man an Status quo in Europa nicht rüttelte. Auf diese Weise werden Chruschtschow alle Trümpfe in die Hand gespielt, denn ihm kann an nichts mehr gelegen sein, als an der Bestätigung seiner These von der Existenz zweier deutscher Staaten, die - vielleicht irgendwann einmal - "konföderativ" miteinander in Kontakt kommen.

Das Nichtvorhandensein deutscher konstruktiver Vorschläge sowohl zur militärischen Entspannung in Europa wie auch zur Entwicklung einer europäischen Sicherheitspolitik, die nicht nur Westeuropa sieht - das ist das Bild von Bonn, dem andere Bilder bereits gleichen.

Keine deutschen Schulen in der CSR

rh - Der tschechoslowakische Staatspräsident Antonin Novotny, zugleich erster Sekretär des Zentralkomitees der KP in der CSR, hat bei der Begründung des Entwurfes einer neuen Verfassung der CSR vor diesem Forum den nationalen Charakter der heutigen Tschechoslowakei wie folgt umrissen: "Die Verfassung wird davon ausgehen, dass die Tschechoslowakei ein einheitlicher Staat von zwei gleichberechtigten brüderlichen Völkern, den Tschechen und Slowaken, ist, der auch den übrigen Nationalitäten eine freie, sozialistische Entwicklung sichert. Ausdrücklich sollen hierbei die ungarische, ukrainische und polnische Nationalität angeführt werden. Sicher können auch Meinungen auftreten, warum wir nicht auch die deutsche Nationalität anführen. Wir sehen hierzu keine Veranlassung, weil wir die Frage der deutschen Nationalität bei uns schon in den Jahren 1945 und 1946 auf Grund des Potsdamer Abkommens als erledigt betrachten. Die Deutschen, die bei uns geblieben sind, haben die gleichen, sich aus der Verfassung ergebenden Rechte wie alle anderen Bürger unserer Republik. Sie haben ihre Beschäftigung, alle Möglichkeiten für Bildung und kulturelles Leben, und sie haben alle übrigen Rechte im öffentlichen Leben."

Staatspräsident Novotny hat dabei allerdings zu sagen vergessen, dass den CSR-Deutschen trotz ihrer Gleichberechtigung ein wichtiges Recht verweigert wird, das zu den menschlichen Grundrechten gehört, nämlich das Recht auf deutsche Schulen. Denn die Erwähnung der Ungarn, Ukrainer und Polen in der neuen Verfassung erfolgt im Artikel 24 ausdrücklich zu dem Zwecke der verfassungsmässigen Sicherung des nationalen Schulwesens. Der Artikel 24 lautet:

"Den Bürgern ungarischer, ukrainischer und polnischer Nationalität sichert der Staat alle Möglichkeiten und Mittel zur Bildung in der Muttersprache und zu ihrer kulturellen Entwicklung sowie auch die volle Teilnahme am Leben der Gesellschaft der Werktätigen."

Die Deutschen werden in diesem Artikel nicht genannt und auch sonst an keiner Stelle der neuen Verfassung erwähnt - sie sind also als besondere Volksgruppe von Staats wegen nicht vorhanden.

Dazu ist festzustellen, dass die Deutschen in der heutigen CSR zahlenmäßig hinter den Ungarn rangieren, die in gewissen Teilen der Südslowakei geschlossen siedeln. Polen gibt es lediglich einige Zehntausende im Ostteil des Ostrauer Gebietes sowie in einigen Dörfern in der Nordslowakei (Arwa). Die Ukrainer in einigen ostslowakischen Karpatentälern wurden erst in den letzten Jahren offiziell zur Kenntnis genommen, als sich die Regionalbehörde der angrenzenden sowjetischen Ukraine für sie zu interessieren begannen. Eine ähnliche Schützenhilfe haben die Polen von Warschau und die Ungarn von Budapest erfahren. Pankows Interesse an den CSR-Deutschen beschränkt sich indessen bisher auf gelegentliche Besuche von deutschen Veranstaltungen in Nordböhmen, wobei kürzlich delegierte aus Kocklenburg ihr höchstes Erstaunen darüber äusseren, daß so viele Deutsche in einigen nordböhmischen Grenzgebieten geschlossen siedeln. Pankow hat sich bisher praktisch niemals darum bemüht, daß die CSR-Deutschen ein deutsches Schulwesen erhalten - Prag hat daraus, die Konsequenzen gezogen, zumal auch Bonn in dieser Frage offiziell nicht in Erscheinung tritt.

Das Prager Regime gibt die Zahl der Deutschen im Lande mit rund 170 000 an. Ihre Zahl dürfte jedoch bedeutend grösser sein, denn es gab bei der letzten Volkszählung viele Bezirke, deren Funktionäre die Ansicht vertraten, in ihren Gebieten "gäbe es keine Deutschen mehr". Auch in Mischehen wurden die Deutschen als Tschechen oder Slowaken registriert. Erst in den letzten Jahren wurde die Öffentlichkeit in der CSR von der Feststellung überrascht, daß es auch in einigen Tälern der ostslowakischen Karpaten noch Zehntausende von Deutschen gibt, die allerdings offiziell als "Montanen" (die Menschen aus den Bergen nach mons, lateinisch = Berg) bezeichnet worden. Geschlossener siedeln die Deutschen in der heutigen CSR in Westböhmen (Falkenauer Braunkohlenrevier sowie westliches Erzgebirge mit Schönbach und Graulitz), in Teilen des Brüxer Kohlen- und Industriegebietes sowie im Gebiet von Reichenberg, Gablonz und Schatzlar. Es gibt auch heute noch kleinere Siedlungen mit einer deutschen Bevölkerungsmehrheit und deutschen Bürgermeistern, es gibt eine deutsche Wanderbühne in Prag und eine dreimal wöchentlich erscheinende deutsche Zeitung.

Es gibt schliesslich auch dreimal wöchentlich Deutschstunden in den tschechischen Schulen für deutsche Schulkinder. Aber es wird nach der neuen Verfassung, die im Juni vom neuen Parlament genehmigt werden soll, den Deutschen in Zukunft kein Recht zustehen, deutsche Schulen zu verlangen. Pankow wird sich auch weiterhin nicht darum kümmern. Und Bonn glänzt durch Abwesenheit. + + +

Solidarität ist kein leeres Wort

Von Bruno Kuster, Genf

In wenigen Wochen - Ende Juni - wird das "Weltflüchtlingsjahr", eine der imposantesten Unternehmungen unserer Zeit, zu Ende gehen. Ursprünglich die etwas phantastisch klingende Idee einiger junger Engländer, ist das Weltflüchtlingsjahr zur Sache von 76 Ländern geworden, die, durch keine Verträge oder sonstige Verpflichtungen gebunden, einfach dem Drucke des guten Beispiels gefolgt sind. Gegenüber der häufigen Klage über den angeblich überhandnehmenden Egoismus und das "Gelddenken" darf man wohl umso nachdrücklicher auf diese Solidaritätsbewegung hinweisen, die in ihrem Ausmaß einzigartig ist, obwohl sie nicht einer aufwühlenden, akuten Krise entsprang, sondern der Einsicht, daß die Existenz von Hunderttausenden von Flüchtlingen mit den Grundsätzen der Menschlichkeit unvereinbar ist.

Obwohl es für eine abschließende Bilanz noch zu früh ist, wurden dem Exekutivkomitee, das über die Tätigkeit des UNO-Hochkommissariates für Flüchtlinge wacht, einige Angaben unterbreitet, die zeigen, daß sich nicht nur zahlreiche Regierungen zu namhaften Sonderleistungen verpflichtet fühlten, sondern in vielen Ländern auch die breiteste Bevölkerungsschichten an dieser Kampagne lebhafter Anteil nahmen.

Während die Regierungen im Rahmen des Weltflüchtlingsjahres über ihre üblichen Beiträge hinaus 11,5 Millionen Dollars beisteuerten, dürften die Sammelgelder, die größtenteils aus europäischen Ländern stammen, bis jetzt 16 Millionen Dollars erreicht haben, zusammen 27,5 Millionen Dollars.

Diese zusätzlichen Mittel erlauben die Lösung von Aufgaben, an die man sonst kaum zu denken wagte. Bald werden alle Flüchtlinge, die seit mehr als zehn Jahren in europäischen Lagern hausen, in das normale Leben eingegliedert sein. Ein ebenso wichtiges Ergebnis des Weltflüchtlingsjahres ist die Lockerung der Einwanderungsbestimmungen zahlreicher Länder, die es nun auch körperlich oder geistig behinderten Flüchtlingen ermöglichen, wieder einen Platz in der menschlichen Gesellschaft zu finden. Soeben hat Grossbritannien beschlossen, eine vorläufig unbegrenzte Anzahl körperlich behinderter oder sozial schwieriger Flüchtlinge aufzunehmen, sofern private Organisationen während einiger Jahre für sie Garantie leisten. Nach Ablauf dieser Frist wird die Regierung die Fürsorge für jene Familien übernehmen, die nicht selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen können. Diese grosszügige Geste entspringt vielleicht nicht zuletzt der Erkenntnis, daß Flüchtlinge wohl anfänglich für das Einwanderungsland eine Last bedeuten können, es in den meisten Fällen aber "bereichern und grossartig zu seiner Aufschwung und seiner Prosperität beitragen", wie der australische Delegierte aus Erfahrung bestätigen konnte.

Gewissermaßen als Krönung des Weltflüchtlingsjahres haben soeben die Postverwaltungen von 74 Ländern gleichzeitig total 160 verschiedene Sondermarken herausgegeben, deren Reingewinn zugunsten der Flüchtlinge auf eine Million Dollars geschätzt wird. Noch sind aber zahlreiche Probleme ungelöst - denken wir nur an die etwa 250 000 algerischen Flüchtlinge, für deren Unterhalt mindestens sechs Millionen Dollars jährlich benötigt werden. Für eine weiterhin grosszügige Solidarität bleibt also noch ein weites Spielraum.

"Rettet die Freiheit" in Bedrängnis

sp - Die selbsternannten Freiheits-Retter vom "Rettet die Freiheit"-Komitee befinden sich in arger Bedrängnis. Auf sie hageln Straf- anträge am laufenden Band. Gar zu freimütig gingen diese Patent-Frei- heitskämpfer mit Diffamierungen, üblen Nachreden, politischer Verdäch- tigung und falscher Anschuldigung um. Wer nicht die Thesen dieses Ko- mitees bejaht, ist ein "Kommunist". Wer gegen die Ausstattung der Bun- deswehr mit atomaren Waffen ist, wurde ein "Opfer der bolschewisti- schen Infiltration". Wer für eine Minderung der Gegensätze zwischen West und Ost eintritt, handelt "im Auftrag kommunistischer Propaganda" - man sieht, diese Leute sind recht schnell in der Be- und Verurteilung von Menschen, die sich die simple Schwarz-Weiß-Malerei dieses Komit- tees nicht aneignen wollen. Man kann es auch Ehrabschneiderei nennen. Im Buch "Verschwörung gegen die Freiheit" wurden über 400 Persönlich- keiten des öffentlichen Lebens als potentielle oder wirkliche Agenten des Ostens genannt oder ihnen nachgesagt, sie stünden in einem bedenk- lichen geistigen Verwandtschaftsverhältnis zu östlichen Ideologien. Der Zweck solcher Anschuldigungen ist offensichtlich: Die Beschuldig- ten sollen diffamiert, als Verräter an der Freiheit abgestempelt, in ihrer beruflichen Laufbahn behindert und als Außenseiter der Nation gebrandmarkt werden. Das sind recht schmutzige Methoden, aber das ge- niert diese "Freiheitskämpfer" nicht.

Zu denen, die sich gegen solche Verwilderung der politischen Sit- tzen wehren, gehören neben vielen anderen auch zehn Professoren der Universität Münster. Auch sie haben gegen die Verfasser des vom Komit- tee herausgegebenen "Rotbuchs" Strafantrag gestellt. Das Grundrecht der freien Meinungsäußerung schwebt in Gefahr, heißt es in einer Er- klärung der Professoren, "wenn von Sorge und Verantwortungsgefühl ge- tragene Äußerungen zu Lebensfragen der Nation, wie eben zur Atombewaff- nung als Handlangerdienste kommunistischer Propaganda bezeichnet wer- den". Darum geht es.

Die Tätigkeit dieses famosen Komitees bringt in das politische Leben der Bundesrepublik unerträgliche Züge der Intoleranz und der Vergiftung. In den Vereinigten Staaten wurde der McChartismus, der die amerikanische Demokratie an ihrer Wurzel bedrohte und Verzweif- lung über viele Familien brachte, ja, in vielen Fällen zum Selbstmord führte, überwunden. Soll unser öffentliches Leben der gleichen Krank- heit anheimfallen? Hier kann nur stete Wachsamkeit helfen, soll nicht vom "Rettet die Freiheit"-Komitee die Freiheit, ohne die die Demokra- tie nicht denkbar ist, begraben werden. Was unterscheidet eigentlich diese "Freiheitskämpfer" noch von der totalitären Denkweise der Kom- munisten? + + +

"Turk" Westerling bringt sich in Erinnerung

D. St. - Raymond Westerling, wegen seiner orientalischen Abstammung auch der "Turk" genannt, hat sich wieder einige Nachrichtenspalten der Weltpresse zu erobern gewusst. Der ehemalige Kapitän des königlich-niederländischen Heeres in Indonesien, Spezialist für Überfälle und Kleinkriege auf privater Grundlage, will nach seinem Debut als Opernsänger auf niederländischen Bühnen nun als Drehbuchautor und Hauptdarsteller eines Films wieder auf die Bretter, die die Welt bedeuten. Der Film soll die sehr zweifelhaften Abenteuer Raymond Westerlings dem Schosse der Geschichte entreissen, wo man sie längst vergessen glaubte. Aber der Turk, so scheint es, fühlt sich in seinem einsamen holländischen Exil von der Öffentlichkeit zu wenig beachtet. Sehr zum Ärger der Regierung in Den Haag, die sich nicht gern an ihren ehemaligen Kapitän der königlichen Streitkräfte erinnert und seine Laufbahn als Opernstar frühzeitig genug unterband, um die ohnehin schon gespannten Beziehungen mit Indonesien, dem früheren holländischen Kolonialreich im Fernen Osten, nicht noch weiter zu verschlechtern.

Turk Westerling ist nämlich in Djakarta wegen zahlreicher Verbrechen an Indonesiern, wegen Aufruhr und Landfriedensbruchs angeklagt worden. Im Januar 1950, also fast vier Wochen nach der Übertragung der Souveränität an Indonesien durch die holländische Königin, überfiel er mit einer kleinen Privatarmee die westjavonische Stadt Bandung. Sein Ziel war Djakarta, die indonesische Hauptstadt. Dort wollte er Staatspräsident Sukarno, den ehemaligen Ministerpräsidenten Hatta und andere führende Indonesier absetzen und verhaften. Aber die regulären Truppen stoppten den Vormarsch, jedoch konnten sie nicht verhindern, daß Raymond Westerling mit Hilfe ihm wohlgesinnter Holländer in einem Flugboot nach Singapur entkam. Die Briten indes machten kurzen Prozess und setzten Turk Westerling, der seinen Privatkrieg auf Java mit der Begründung, er sei der "Fürst der Gerechtigkeit", geführt hatte, kurzerhand fest. Über Afrika und Belgien kehrte er schließlich nach Holland zurück.

Hintermann und Finanzier des Fürsten der Gerechtigkeit, alias Westerling, war der Piretenabkömmling Sultan Hamid II. von Ponitarak auf Borneo. Dieser smarte, europäisch erzogene orientalische Fürst schlug

sich zunächst auf die Seite der Revolutionäre. Als er jedoch feststellen musste, dass Sukarno und Hatta für die Belange der malaiischen Fürsten wenig Interesse zeigten, benutzte er Westerling und versprengte Reste der ehemaligen niederländischen Kolonialarmee, um die Regierung in Djakarta zu stürzen. Fast zur gleichen Zeit, als der "Fürst der Gerechtigkeit" in Singapur im Gefängnis saß, wurde Sultan Hamid II. von den indonesischen Behörden verhaftet.

Westerling sollte, so war es der Plan der Regierung in Den Haag, still und zurückgezogen leben. Aber der Turk, 1950 erst dreissig Jahre alt, fühlte sich zu höheren Dingen berufen. Er verfasste ein Buch mit dem Titel "Ich war kein Rebell" und versuchte, seine Mission als Sachwalter der Gerechtigkeit in den ehemaligen niederländischen Kolonien zu rechtfertigen. Nach einigen Jahren legte er ein Fischerboot in das Hafenbecken von Groningen, um noch einmal sein Sündungsbewusstsein in die Praxis umzusetzen. Er wollte zurück nach Indonesien, um dort Ordnung zu schaffen, wie er sagte. Die holländische Hafenpolizei jedoch versagte dem "Fürsten der Gerechtigkeit" die Unterstützung, und so musste der Turk wieder in die heimlichen Gefilde zurückkehren. In der Stille einer kleinen Gemeinde meditierte er über sein weiteres Leben. Er erinnerte sich seiner Qualitäten als Sänger. Seine Mutter, so erklärte er, habe ihm die edle Gabe einer schönen Stimme vererbt. Dieser Meinung war auch sein Gesanglehrer in Breda. Er versuchte Westerlings politischen Eifer auf ein intensives Gesangstudium umzuwenden. Mit Erfolg. Im Frühjahr 1956 fand die Premiere statt. Es war der erste und der letzte Auftritt Westerlings auf der Bühne der großen Oper. Die holländischen Behörden zweifelten zwar nicht an den musischen Qualitäten ihres politischen Sorgenkinde, jedoch liesen sie wissen, dass man den Turk lieber nicht auf der Bühnenrampe sehen würde.

Nun gibt es neuen Wirbel und neue Sorgen um den "Fürsten der Gerechtigkeit". Als Drehbuchautor und Hauptdarsteller soll Turk Westerling die Kinobesucher mit seinen Abenteuerern beglücken. Diese sehr schmeichelehafte Umschreibung der Exzesse des Kapitäns Westerling weckt bittere Erinnerungen. Nicht nur in Europa, sondern auch oder gerade in den meisten asiatischen Staaten. Für Indonesien war der Turk nämlich der Inbegriff des Schreckens.